



Canan Bayram
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon 030 227 – 78144
Fax 030 227 – 70143
E-Mail: canan.bayram@bundestag.de

Canan Bayram, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

**An die
Bewohner*innen im Wahlkreis 83
Friedrichshain-Kreuzberg / Prenzlauer Berg Ost**



#ErststimmeBayram

Liebe Wählerin, lieber Wähler,

als Ihre direktgewählte Abgeordnete für Friedrichshain-Kreuzberg / Prenzlauer Berg Ost informiere ich Sie in der Tradition meines Vorgängers Hans-Christian Ströbele über meine Arbeit im Deutschen Bundestag.

Doch zuerst möchte ich mich bei Ihnen für ihr Vertrauen bei der Wiederholungswahl zum Deutschen Bundestag bedanken, bei der ich dank Ihrer Stimmen mit 37,8 Prozent der Erststimmen annähernd dasselbe Ergebnis wie bei der Wahl 2021 erzielt habe.

Mit diesem Brief möchte ich Sie über meine Arbeit im Deutschen Bundestag und im Wahlkreis informieren. Ich bin Mitglied im Rechtsausschuss, im Unterausschuss Europarecht, im Richterwahlausschuss sowie im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Afghanistan. Des Weiteren bin ich stellvertretendes Mitglied des Verteidigungsausschusses, im Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen und im Ausschuss für Inneres und Heimat sowie im Unterausschuss Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Zivile Krisenprävention.

Den Menschen im Wahlkreis verpflichtet.

Für mich ist klar: Friedrichshain-Kreuzberg / Prenzlauer Berg Ost ist nicht nur mein Zuhause, sondern auch der interessanteste Wahlkreis der Bundesrepublik. Hier wird Solidarität im Kiez groß geschrieben. Und oftmals sind wir ein Seismograph drängender Probleme, aber auch der Lösungen, die später das ganze Land beschäftigen. Neben den mietenpolitischen Fragen sind es häufig auch Aufenthaltsprobleme oder Gängelung durch Behörden, die die Menschen umtreiben.

Ich nehme viele Termine vor Ort wahr, um an Informationsständen, beim Besuch von Initiativen oder bei Familienfesten mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Als parlamentarische Beobachterin bin ich bei Demonstrationen unterwegs: gegen den Mietenwahnsinn, den Ausbau der A100 und den Ausverkauf der Stadt; für die Freilassung von Julian Assange, zivile Seenotrettung und Klimaschutz.

Außerdem unterhalte ich, am selben Ort wie mein Vorgänger Hans-Christian Ströbele, ein Wahlkreisbüro in der Dresdener Straße 10. Dort biete ich Sprechstunden an und suche nach Lösungen für Ihre Anliegen und Sorgen. Dort, wo ich angefragt werde, vermittele ich bei Problemen.



Canan Bayram

Mitglied des Deutschen Bundestages

Im Kampf gegen die Verdrängung stehe ich an der Seite der Mieter*innen und kleinen Gewerbe. Ich will im Bundestag ganz konkrete Verbesserungen für Ihr Leben erreichen.

Wenn Sie Anregungen, Kritik oder Hinweise für meine Arbeit haben, sprechen Sie mich an oder melden Sie sich in meinem Büro. Der Kontakt zu Ihnen ist mir wichtig und fließt oft unmittelbar in meine parlamentarische Arbeit ein.

Mieter*innen schützen und stärken.

Aus meinem Wahlkreis erreichen mich inzwischen fast wöchentlich Hilferufe von Mieter*innen, die aufgrund steigender Mietpreise, Luxussanierungen und Immobilienspekulation von Verdrängung bedroht sind. Sie haben Angst, nicht nur ihr Zuhause, sondern auch den Kitaplatz, den Schulplatz, ihre Nachbarschaft zu verlieren.

Ihnen helfe ich im Einzelfall als Wahlkreisabgeordnete, aber auch indem ich im Deutschen Bundestag für mehr Mieter*innenschutzrechte eintrete. In den Koalitionsverhandlungen konnte ich erreichen, dass wir folgendes bundesgesetzlich auf den Weg bringen: die Kappungsgrenze wird auf elf Prozent in drei Jahren gesenkt, die Mietpreisbremse verlängert und qualifizierte Mietenspiegel eingeführt. Außerdem wollen wir den Kündigungsschutz stärken, indem wir auch bei ordentlichen Kündigungen Schonfristzahlungen ermöglichen wollen.

Als Obfrau im Rechtsausschuss halte ich den Druck auf die Bundesregierung in diesen Punkten konstant aufrecht und setze mich dafür ein, dass sie auch umgesetzt werden.

Für die Wiederherstellung des kommunalen Vorkaufsrechts kämpfe ich im Ausschuss für Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung. Damit konnte der Bezirk schon viele Mieter*innen in der Vergangenheit vor Verdrängung und Mieterhöhungen schützen.

Doch auch das Gewerbe im Wahlkreis ist von Verdrängung bedroht. Gemeinsam mit Initiativen aus dem Wahlkreis und weiteren Expert*innen habe ich deswegen einen Gesetzentwurf erarbeitet, der den Schutz des Kleingewerbes und von sozialen Trägern in den Mittelpunkt stellt. Für dieses Gesetz werde ich weiterhin im Deutschen Bundestag, um Mehrheiten dafür zu mobilisieren.

Konsequenter Klima- und Umweltschutz jetzt!

Wenn wir nicht handeln, werden wir unsere Klimaziele verfehlen und die Konsequenzen kommenden Generationen aufbürden. Deshalb müssen wir Politiker*innen für einen echten Wandel jetzt die Weichen stellen. Eine Aufweichung der Sektorenziele können wir uns nicht leisten.

Die Klimakrise betrifft uns in Friedrichshain-Kreuzberg / Prenzlauer Berg Ost ganz unmittelbar. Nachdem in den letzten Jahren viele Ideen entwickelt wurden, wie das Miteinander der Menschen in unseren Städten neu gedacht werden kann, muss dies nun konkret umgesetzt werden. Die Menschen brauchen Orte, an denen sie sich erholen und durchatmen können. Dabei geht es auch um Umwelt-Gerechtigkeit in der Stadt. Der konsequente Schutz von Fußgänger*innen als schwächste Verkehrsteilnehmer*innen muss in der Verkehrswende stärker berücksichtigt werden. Der öffentliche Raum muss gerecht zwischen allen Nutzer*innen aufgeteilt werden. Temporäre Spielstraßen, geschützte Radwege und Klimastraßen sind gute Ansätze und aus Initiativen im Wahlkreis entstanden.



Canan Bayram

Mitglied des Deutschen Bundestages

Der Weiterbau der A100 muss verhindert werden. Eine Stadtautobahn mitten durch die Wohnviertel in Friedrichshain, Lichtenberg und Prenzlauer Berg: Ein Plan, der nach grauer Verkehrspolitik der 60er Jahre klingt, wird durch das FDP-geführte Bundesverkehrsministerium weiter vorangetrieben. Gegen dieses Vorhaben bin ich eine laute Stimme im Parlament und auf der Straße.

Wichtig ist, dass wir die ökologischen und die sozialen Fragen zusammen denken. Um die klima- und umweltpolitischen Herausforderungen zu lösen, müssen wir unsere Art zu leben, zu wirtschaften und zu konsumieren überdenken. Dabei müssen wir aufpassen, dass nicht diejenigen benachteiligt werden, die nur über ein geringes Einkommen verfügen.

Gerechtes Strafrecht gestalten.

Im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages setze ich mich für die Modernisierung des Strafgesetzbuchs ein. Das Strafrecht als schärfstes Schwert des Staates, mit dem Sanktionen bis zur Entziehung der Freiheit erfolgen können, darf immer nur Ultima Ratio sein. Wenn eine Gesellschaft sich verändert, verändert sich auch die Sicht darauf, welches Verhalten als strafwürdig erachtet wird und welches nicht. Deswegen ist es wichtig, überholte Paragraphen auf den Prüfstand zu stellen und zu reformieren.

Wir haben bereits § 219a des Strafgesetzbuchs, also Bestrafungen von insbesondere Ärzt*innen, weil diese über Schwangerschaftsabbrüche informieren, abgeschafft. Derzeit arbeiten wir an der Entkriminalisierung des Fahrens ohne Fahrschein. Dieser Tatbestand ist nicht nur historisch überholt, weil er aus dem Nationalsozialismus stammt. Er ist auch ungerecht, weil zum Beispiel das Parken ohne Parkschein nur eine Ordnungswidrigkeit ist. Und auch die Verfolgung von Cannabis-Konsumierenden muss auf den Prüfstand. Ich setze mich dafür ein, dass wirksamer Gesundheits- und Jugendschutz nach Jahrzehnten der gescheiterten Prohibition endlich Wirklichkeit werden.

Die Maskenaffären der letzten Jahre, bei denen Abgeordnete sich bereicherten, haben gezeigt, dass die strafrechtlichen Vorschriften nicht ausreichen. Daher setze ich mich dafür ein, dass die Abgeordnetenbestechung so reformiert wird, dass sie auch tatsächlich strafwürdiges Verhalten erfasst. Dass Abgeordnete straflos davonkommen, wenn sie ihre Stellung ausnutzen, um sich selbst zu bereichern, muss aufhören.

Für eine Gesellschaft der Vielen.

Menschenrechte sind universell und nicht verhandelbar. Darum bekämpfe ich Diskriminierung: Kein Mensch darf aufgrund des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, einer rassistischen und antisemitischen Zuschreibung, der Religion und Weltanschauung, einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung, des Lebensalters, der Sprache, der sexuellen und geschlechtlichen Identität oder des sozialen Status diskriminiert werden. In einer Gesellschaft der Vielen wird Vielfalt als Stärke begriffen und dadurch eine neue Gemeinsamkeit definiert. Alle Menschen können darin sicher, frei und selbstbestimmt leben und lieben.

Im Deutschen Bundestag setze ich mich deswegen zum Beispiel dafür ein, dass die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität in Art. 3 Grundgesetz aufgenommen und das Wort „Rasse“ ersetzt



Canan Bayram
Mitglied des Deutschen Bundestages

wird, sowie eine staatliche Schutzverpflichtung vor Diskriminierung aufgenommen wird. Ich bleibe eine entschlossene Stimme gegen den Rechtsruck.

Für eine wirksame Friedenspolitik.

Zu den grünen Grundwerten zählt für mich eine Politik, die konsequent für Frieden eintritt und sich gegen Militarisierung und Krieg richtet. Als stellvertretendes Mitglied des Verteidigungsausschusses und Nachfolgerin von Hans-Christian Ströbele vertrete ich weiterhin eine konsequente Friedenspolitik.

Die Konflikte in der Welt gehen uns an und verlangen auch ein Engagement Deutschlands in der Welt. Ressourcenkonflikte, Fluchtbewegungen und die gemeinsame Herausforderung der Klimakrise zeigen, dass die Probleme der Welt nur gemeinsam gelöst werden können. Als Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der OSZE bin ich darüber mit meinen internationalen Kolleg*innen im Austausch. Klar ist: Frieden, Freiheit, ein Leben in Würde und der Schutz der globalen öffentlichen Güter stehen allen Menschen gleichermaßen zu.

Wir müssen uns auch mit den Folgen von Bundeswehreinsätzen in der Welt auseinandersetzen. Deswegen bin ich Mitglied im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Afghanistan, der die Versäumnisse um den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan aufarbeitet und insbesondere den Anspruch hat, herauszufinden, welche Versäumnisse dazu geführt haben, dass so viele afghanische Ortskräfte zurückgelassen worden sind.

Am 9. Juni 2024 ist Europawahl.

Europa ist auch für uns oft weit weg – und auch wir haben viel zu kritisieren: an der Abschottungspolitik, an den bürokratischen Abläufen, an der Blockade von Gesetzen durch einzelne Mitgliedstaaten. Und trotzdem, wenn am Horizont die rückwärtsgewandeten Kräfte wieder auftauchen, die zurück zum Nationalstaat alter Prägung wollen, dann spüren und wissen wir, auf welcher Seite wir stehen. Und je stärker im EU-Parlament die progressiven und grünen Kräfte sind, desto eher können sie etwas durchsetzen. Darum werbe ich für die Europawahl um Ihre Stimme für Bündnis 90/Die Grünen und unsere Spitzenkandidat*innen Terry Reintke und Sergey Lagodinsky.

Ihre

Canan Bayram, MdB